

Von Marco Zschieck

Potsdam will den nun schon Jahrzehnte dauernden Konflikt über den umstrittenen Wiederaufbau der Garnisonkirche nun mit einem neuen Ansatz befrieden: durch angestregtes Nachdenken aller Beteiligten. Am Mittwoch brachte Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) einen entsprechenden Vorschlag in die Stadtverordnetenversammlung ein. Der seit zwei Jahren amtierende Schubert ist nämlich, anders als sein Vorgänger Jann Jakobs, kein Fan der Barockkirche und möchte gern einen Frieden vermitteln. Denn nicht nur der Wiederaufbau der einstigen preußischen Militärkirche, vor deren Pforte sich Hitler und Hindenburg am 21. März 1933 die Hände schüttelten, ist in der Stadt heftig umstritten. Auf einem Teil des Grundstücks des Kirchenschiffs steht derzeit auch noch das ehemalige Rechenzentrum, das von mehr als 200 Künstlern und Kreativen genutzt wird.

Das Gebäude hat nur noch eine Nutzungserlaubnis bis 2023 und soll dann eigentlich platt gemacht werden – was angesichts des Mangels an Räumen in der Stadt für einigen Unmut sorgt. Anfang November hatte Schubert erklärt, dass es Einzelgespräche mit den Vertretern der Wiederaufbaustiftung und denen des Rechenzentrums gegeben habe.

Beide Seiten hätten signalisiert, dass sich alle Betroffenen auf ein Verfahren einlassen können. Zunächst soll nun bis Herbst 2021 in einem für 70.000 Euro moderierten Prozess ein inhaltliches Konzept für den Standort gefunden werden. Im Anschluss soll die Gestaltung des Areals an der Kreuzung von Dortustraße und Breite Straße zum Thema werden. Eine Vereinbarung über das Verfahren soll im Januar unterschrieben werden.

Die Aufgabenstellung kann man ambitioniert nennen. Schließlich begegnen sich Befürworter und Kritiker der Garnisonkirche mit herzlicher Abneigung. Für die einen ist sie die schönste Barockkirche Norddeutschlands und die Ablehnung des Wiederaufbaus eine Fortsetzung der kirchenfeindlichen SED-Diktatur, die den vom Krieg übrig gebliebenen Kirchturmstumpf 1968 sprengten ließ.

Für die anderen steht das Bauwerk für den preußischen Militarismus und dessen Allianz mit den Nationalsozialisten. Als zusätzliche Schwierigkeit kommt hinzu, dass die Kompromissuche nicht auf Augenhöhe passiert. Der Wiederaufbaustiftung gehört das Grundstück. Bislang



Baustelle für den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche im Dezember 2020
Foto: imago

Dialog der Ungleichen

Im Streit über den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam will die Stadt nun ein Kompromissverfahren moderieren lassen. Befürworter und Kritiker signalisierten, dass sie sich auf ein Verfahren einlassen können

hatte die Stiftung einen Verzicht auf das Kirchenschiff, auf dessen Grundstück zum Teil das Rechenzentrum steht, immer abgelehnt – mit Verweis auf den Stiftungszweck. Und in mehr als 12 Jahren ihrer Existenz hat sie es nicht geschafft auch nur annähernd genug Spenden für den Bau des Kirchturms zu sammeln – geschweige denn für das Kirchenschiff.

Stattdessen hat sie aber erfolgreich lobbyiert und viele Millionen Steuergelder eingeholt. Erst kürzlich kamen mit dem Entwurf für den neuen Bundeshaushalt 4,5 Millionen Euro dazu, um Mehrkosten durch gestiegene Baupreise aufzufangen. Damit stecken im Aufbau des 88 Meter hohen Kirchturms nun insgesamt 24,75 Millionen Euro aus Bundesmitteln.

„Der Bund beteiligt sich nur an der Grundvariante des Turms“, erläutert ein Sprecher von Kulturstatsministerin Monika Grütters die Prozedur.

Dies beinhaltet den vollständigen Aufbau des Turms, aber nicht Schmuckelemente, Trophäen, Glocken oder Ähnliches. „Die Grundvariante wird nach aktuellem Stand 36 Millionen Euro kosten.“ Davon werden 15,5 Millionen Euro durch Eigenmittel der Stiftung einschließlich Spenden und Darlehen finanziert. Unter dem Strich wird der Turmbau also bereits jetzt überwiegend aus staatlichen Mitteln bezahlt. Der Einstieg in die Förderung durch den Bund wurde 2013 auch damit begründet, dass ein „national bedeutsames Bauwerk“ wiederhergestellt werde.

Mit der Rekonstruktion solle eine Bildungsstätte und ein Ort der Erinnerung und Versöhnung entstehen. Einzigartig ist

das Projekt tatsächlich: „Von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wurden bislang keine weiteren Rekonstruktionen sakraler Bauten gefördert“, heißt es aus de-

Eine Vereinbarung soll im Januar unterschrieben werden

ren Haus auf Nachfrage. Ergebnis offen ist die Kompromissuche ohnehin nicht. Denn seit Oktober 2017 wird am Kirchturm gebaut. Inzwischen sind die Ziegel schon so hoch aufgemauert, dass sie die benachbarten Gebäude überragen.

Für keine versöhnliche Stimmung dürfte auch sorgen, dass die Feier zum Baustart nun ein juristisches Nachspiel hat.

Seinerzeit waren im Vorfeld mehrere Stinkbomben auf das Grundstück geworfen worden – vermutlich handelte es sich um Buttersäure. Am Freitag beginnt am Potsdamer Amtsgericht der Prozess gegen einen 35-jährigen. Ihm wird laut Anklage Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung vorgeworfen. Er soll den Gottesdienst während der Feier des Baustarts laut Anklage unter anderem „massiv verbal gestört“ haben.

Ein zweiter Prozess gegen drei 28, 35 und 37 Jahre alte Angeklagte soll Juni 2021 stattfinden. Ihnen wird die Störung der Religionsausübung und in einem Fall auch Hausfriedensbruch vorgeworfen. Sie sollen massiv durch laute Rufe, Schreie und Piffe in einer Weise aufgefallen sein, dass andere Gottesdienstbesucher die Veranstaltung verließen.

Lernort Garnisonkirche

Kritiker des Wiederaufbaus der Potsdamer Garnisonkirche haben einen Internet-Lernort über die Geschichte des Bauwerks und die Debatten darüber gestartet. Trägerin des virtuellen Lernorts ist die Martin-Niemöller-Stiftung. Auf Deutsch und teilweise Englisch wird dort über das Wiederaufbauprojekt und seine Entstehung informiert. Außerdem gibt es Dutzende Debattenbeiträge zur Geschichte des Hauses und dessen Umgebung sowie Diskussionen über die Zukunft dieses Raums. Der Lernort wird inhaltlich begleitet von einem wissenschaftlichen Beirat aus zehn deutschen und internationalen HistorikerInnen und ReligionswissenschaftlerInnen.



was macht die bewegung?

Bei einer Onlineveranstaltung des UJZ Karlshorst wird die Thüringer Antifaschistin Katharina König-Preuss über ihre Erfahrungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss, über militante Nazistrukturen und über Versäumnisse in der Aufklärung sprechen. Sie ist Mitglied des Thüringer Landtags und bietet mit ihrem Wahlkreisbüro Haskala in Saalfeld unter anderem jungen Menschen Raum für Bildung und Organisation. Vortrag und Gespräch finden über BigBlueButton statt. **Freitag, 4. Dezember, 19 Uhr, [ujz.tumblr.com](https://www.ujz.tumblr.com)**

Der „Soned Weltfest“ Workshop-Tag will **Handwerkszeug für einen sozialökologischen Wandel** in einer globalisierten Welt vermitteln. Die Onlineebssionen drehen sich um Themen wie Upcycling, Community Building und selbst gemachte Naturkosmetik. Ein zweiter Workshopraum

beschäftigt sich mit postkolonialen Strukturen und Fluchtursachen. **Samstag, 5. Dezember, 14 Uhr, Anmeldung unter info@soned.de**

Das Coronavirus hat auch im Wedding einiges durcheinandergebracht. Viele soziale Fragen und Missstände liegen offener da denn je: ein kaputtgespartes Gesundheitssystem und prekäre Arbeitsbedingungen, Obdachlosigkeit und häusliche Gewalt, Arbeitslosigkeit und das Aussterben von sozialen Anlaufstellen im Kiez. Ein **kritischer Stadtpaziergang** handelt von den gesellschaftlichen Problemen im Wedding und den Menschen, die sich dagegen organisieren. Maske und Abstand sind Pflicht. **Sonntag, 6. Dezember, 12 Uhr, Anmeldung unter stadtpaziergang_wedding@riseup.net**

Anlässlich des 30. Todestages von Amadeu Antonio möchte die Barnimer Kam-

pagne „Light Me Amadeu“ in Eberswalde ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Hass und Hetze, für Solidarität, Demokratie und Menschenrechte setzen. Geplant ist eine Auftaktkundgebung am ehemaligen „Hüttengasthof“ mit anschließendem Demonstrationzug zur Mahn- und Gedenktafel. **Sonntag, 6. Dezember, 14 Uhr, Lichterfelder Ecke Eberswalder Straße, Eberswalde**

Bei der **Sprechstunde der „Roten Hilfe“** kann mensch Unterstützungsanträge stellen, sich über Strafbefehle, Anklageschriften, Polizeibriefe, das Organisieren von Solikreisen oder über andere Repressionshemmen informieren. „Gerne vermitteln wir auch solidarische Anwält*innen in eurer Nähe“, schreibt die Rote Hilfe. **Dienstag, 8. Dezember, Schererstraße 8.**

Weitere Termine findet ihr auf taz.de/bewegung

Die Corona-Pandemie trifft obdachlose Frauen mit besonderer Härte.

Sie können nicht im schützenden und wärmenden Zuhause bleiben. Umso wertvoller ist hier das Projekt **Housing First für Frauen des Sozialdienst kath. Frauen e.V. Berlin (SkF)**, das obdachlose Frauen in eine eigene Wohnung mit einem eigenen Mietvertrag vermittelt. Eine warme Mahlzeit, ein wärmendes Bett und Schutz sind das, was die Frauen jetzt brauchen!

Helfen Sie jetzt mit Ihrer Spende, damit auch die Frauen ohne Zuhause Schutz und Wärme bekommen können! Herzlichen Dank!

Sozialdienst kath. Frauen e.V. Berlin · Pax Bank
IBAN: DE79370601936006002020 · BIC: GENODE33
Verwendungszweck: „Krisenhilfe für obdachlose Frauen“

